



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

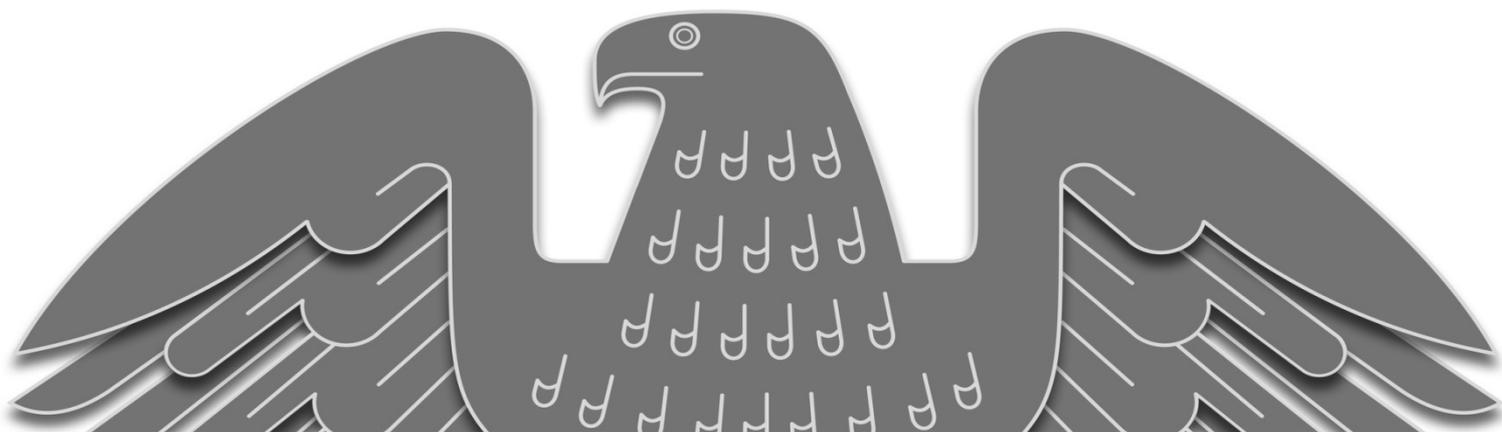
SPD



am 04. April 2014

Inhalt

- 1. 100 Tage: SPD ist Motor der Großen Koalition**
- 2. Rentenpaket im Bundestag eingebracht**
- 3. Sigmar Gabriel berichtet über Länderkompromiss zur EEG-Reform**
- 4. Minderheitenrechte der Opposition**
- 5. Arbeitnehmer-Entsendegesetz**



100 Tage: SPD ist Motor der Großen Koalition

100-Tage-Bilanzen sind Messlatten, an denen Minister und Ministerinnen, Regierungen und Reformen gemessen werden. Wir sind stolz auf unsere 100-Tage-Bilanz, denn die SPD ist der erkennbare Motor dieser Regierung und konnte bereits wichtige Schritte hin zu einer sozial gerechteren Politik in unserem Land umsetzen. Es ist eine „Zweckehe“, die uns mit der Union verbindet und häufig sind schwierige Verhandlungen erforderlich um sozialdemokratische Positionen durchzusetzen. Aber der Erfolg zählt!

Unsere sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister haben bereits viele Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht – das Renten- und Tarifpaket, die EEG-Novelle, den Mindestlohn, die Mietpreisbremse, Frauenquote, das Elterngeld Plus und die Abschaffung der Optionspflicht. All diese Vorhaben werden in den nächsten Wochen und Monaten den Deutschen Bundestag erreichen. Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann hat es wie folgt formuliert: „Wir werden schon nach sechs Monaten mehr für die Menschen getan haben, als in den vergangenen vier Jahren zusammen passiert ist.“ Er hat recht!

Bei allen Erfolgen, dürfen wir aber nicht vergessen, dass es auch Krisen und schwierige Wege gibt. Dazu gehört die immer noch sehr angespannte Lage in der Ukraine. Wir danken Frank-Walter Steinmeier für seine immensen Anstrengungen und intensiven diplomatischen Bemühungen, um eine weitere Eskalation der Krise zu vermeiden.

Wir werden weiterhin mit viel Tatkraft, großer Leidenschaft und Engagement für die Menschen in Deutschland arbeiten, um unser Land voran zu bringen.

Rentenpaket im Bundestag eingebracht



Am Mittwoch hat das Kabinett den Weg für das Rentenpaket von Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) freigemacht. Mit diesem umfangreichen [Gesetzesvorhaben](#) beginnt die Große Koalition, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen.

Am Donnerstag wurde das erste große Gesetzesvorhaben in den Bundestag eingebracht. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, die Lebensleistungen der Menschen in der gesetzlichen Rentenversicherung besser zu honorieren. So steht es im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU. Und so setzen wir es auch um.

Was bringt das Rentenpaket?

Künftig sollen Menschen, die lange berufstätig waren und 45 Jahre Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, früher abschlagsfrei in Rente gehen können. Mit der sogenannten „Mütterrente“ wird die Erziehung von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, besser anerkannt. Außerdem erhalten Menschen, die zukünftig aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, eine höhere Erwerbsminderungsrente. Darüber hinaus steigt das Budget für die medizinische und berufliche Rehabilitation der gesetzlichen Rentenversicherung an. Damit orientiert es sich stärker an der demografischen Entwicklung.

Die Maßnahmen unseres Rentenpakets werden von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen, wie aktuelle Umfragen ergeben: Mit 73 Prozent hat die Rente nach 45 Beitragsjahren aktuell eine ähnlich hohe Akzeptanz wie die Mütterrente mit 83 Prozent (*Zahlen nach Info GmbH im Auftrag des BMAS*). Vor allem achtet die SPD-Bundestagsfraktion auch darauf, dass das Rentenpaket solide finanziert ist und nicht auf Kosten der künftigen Generationen umgesetzt wird. **Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Juni abgeschlossen werden, so dass die Verbesserungen zum 1. Juli 2014 in Kraft treten können.**

Die milliardenschweren Verbesserungen für langjährig Versicherte, ältere Mütter und Erwerbsgeminderte sind ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit, dies betonte auch Andrea Nahles bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs deutlich. Sie verteidigte das Rentenpaket: „Es ist nicht geschenkt, es ist verdient!“, sagte sie. Mit den Verbesserungen erkenne die Regierung „die Lebensleistung von Menschen in unserem Land“ an. Dazu zähle die neue Mütterrente. Und zur Rente mit 63 sagte Andrea Nahles: „Wer 45 Jahre gearbeitet hat, hat 45 Jahre lang Beiträge bezahlt - und damit seine Pflicht im Generationenvertrag erfüllt.“

Sigmar Gabriel berichtet über Länderkompromiss zur EEG-Reform

In dieser Woche traf sich der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel (SPD) mit den hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten, um über **den Kompromiss der Bundesregierung mit den Ländern zur Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG)** zu sprechen. Zunächst erläuterte Bundesminister Gabriel die wichtigsten Elemente der Reform des EEG. Zentrales Ziel der Reform sei es, die Kostendynamik bei den Strompreisen zu bremsen. Gleichzeitig müsse ein verlässlicher Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien gewährleistet sein. Die Schwierigkeit liegt hier bei den unterschiedlichen Länderinteressen, die in der unterschiedlichen Nutzung der Quellen erneuerbaren Energien begründet liegen - im Norden die Windkraft und im Süden Photovoltaik und Biomasse.

Der Kompromiss mit den Ländern ergab Detailveränderungen, bei denen insbesondere die Änderungen bei der Windkraft Auswirkungen auf Hessen haben. Es wurde das von den Ländern vorgeschlagene Referenzertragsmodell übernommen. Es verändert die Kurve zugunsten von Standorten, die wie in Hessen, nicht an der Küste liegen. Außerdem wird beim Ausbaupfad der Windenergie von einer Brutto- zu einer Nettoberechnung übergegangen. D.h. nach dem Ersetzen einer alten Windanlage durch eine neue mit höherer Windenergieleistung wird nicht die komplette sondern nur die durch den Austausch zusätzlich erzielte Leistung in den Ausbaukorridor mit einberechnet. Diese Leistungen spielen wiederum eine Rolle bei der Höhe der Einspeisevergütungen. Auch das ist ein Punkt, **der Windkraft in Binnenländern wie Hessen auch in Zukunft eine wirtschaftliche Nutzung garantiert.** Im Bereich der Bioenergie wird es mehr Flexibilität der Anlagen im Bestand und bei den Erweiterungsmöglichkeiten geben. Mit den Maßnahmen ist es laut Gabriel möglich, die erhebliche Kostendynamik bei der Ökostrom-Umlage zu durchbrechen und das heutige Niveau in den kommenden Jahren zu stabilisieren.

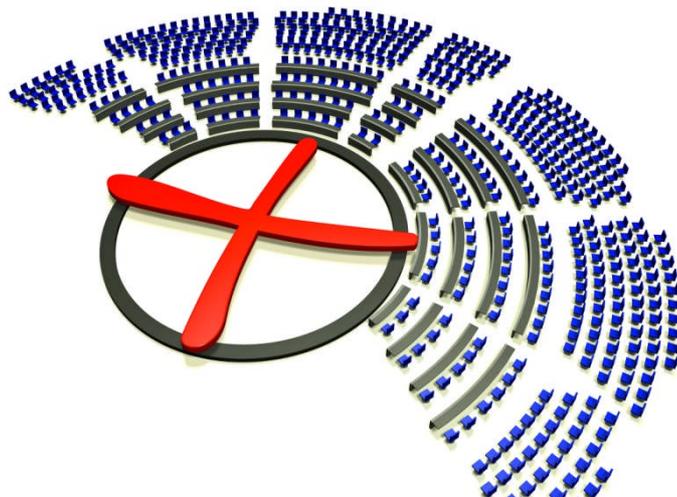


Ein Diskussionspunkt waren die Ausnahmen von der Energieumlage für energieintensive Unternehmen. Gabriel stellte heraus, dass eine Befreiung der Energieumlage nicht zu Wettbewerbsproblemen führen darf. Weniger Ausnahmen, auch im Hinblick auf die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission, seien ausgemachtes Ziel. Dennoch muss dafür gesorgt werden, dass unsere Industrie nicht in eine Situation kommt, dass aufgrund erhöhter Preise für Strom Arbeitsplätze vernichtet werden könnten.

Ulrike Gottschalck, Vorsitzende der SPD-Landesgruppe Hessen im Bundestag, bedankte sich bei Sigmar Gabriel: „Ich freue mich sehr darüber, dass Du das Mammutprojekt EEG-Reform so schnell und wirksam angehst. Du hast innerhalb weniger Wochen eine Grundlage zur Reform des EEG geschaffen, die den Konsens mit den Ländern findet. Das verdient großen Respekt. Wir Hessen werden uns in dem nun folgenden Gesetzgebungsverfahren weiterhin für die hessischen Interessen, insbesondere im Bereich Windkraft und Bioenergie, einsetzen.“

Minderheitenrechte der Opposition

Eine lebendige Demokratie braucht ein lebendiges Parlament, und dafür ist auch eine starke Opposition wichtig. Schon seit Beginn der Großen Koalition ist die Stärkung der Minderheitenrechte im Bundestag ein viel diskutiertes Thema. **Derzeit ist ein Quorum von 25 Prozent der Abgeordneten notwendig, um u.a. einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das Quorum können Linke und Grüne nach der Regierungsbildung im Dezember 2013 auch gemeinsam nicht erreichen.**



Die Koalition ist in [ihrem Gesetzesentwurf](#) einen weiteren Schritt auf die Opposition zugegangen. Zukünftig müssen 120 Abgeordnete dafür stimmen, sieben weniger als die gesamte Anzahl der Abgeordneten von Linken und Grünen. Dadurch wird sichergestellt, dass auch bei Krankheit einiger Abgeordneter die Minderheitenrechte gewahrt sind. Die Zustimmung zum Antrag der Großen Koalition durch die Oppositionsfraktion DIE GRÜNEN zeigt, welcher guter Kompromiss der verhandelte Vorschlag ist!

Auch in der Änderung der Geschäftsordnung, in der die Minderheitenrechte geregelt sind, wurde sich auf einen Kompromiss geeinigt. Die Neuregelungen sind nicht nur eine Verabredung zwischen den Fraktionen, sondern sind in der Geschäftsordnung des Bundestages fest verankert und können innerhalb der laufenden Wahlperiode nicht verändert werden. Dem Gesetzesentwurf der Großen Koalition wurde am Donnerstag mit den Ja-Stimmen der SPD, CDU/CSU und der Grünen zugestimmt. **Wir begrüßen den Schritt zur Wahrung der Grundsätze der parlamentarischen Demokratie und freuen uns auf eine lebendige Auseinandersetzung mit der Opposition.**

Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Die Ankündigung eines gesetzlich flächendeckenden Mindestlohns zeigt bereits erste Erfolge. Im Januar 2014 haben die Tarifvertragsparteien der Fleischindustrie erstmals bundesweite Mindeststandards vereinbart. Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Fleischwirtschaft sind auch aufgrund von nur eingeschränkt vorhandenen Tarifstrukturen derzeit oft nicht angemessen.

Mit dem [Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes](#) schaffen wir nun die Voraussetzung dafür, dass der Mindestlohntarifvertrag für alle Unternehmen und Beschäftigte der Fleischindustrie für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Der zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften vereinbarte Branchenmindestlohn gilt dann auch für Arbeitgeber mit Sitz im Ausland und für ihre nach Deutschland entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Durch das Gesetz wird für rund 100.000 Beschäftigte der deutschen Fleischindustrie vom 1. Juli 2014 an ein bundesweit einheitlicher Mindestlohn in Kraft treten. Die von der SPD durchgesetzten Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zum Thema Arbeit und Mindestlohn zeigen ihre Wirkung und schaffen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt – somit wird skandalös niedrigen Löhnen wirkungsvoll entgegengetreten. **Gesagt, getan, gerecht – die SPD hält Wort.**

Unsere Tipps:

- Für Kinder und Jugendliche: Der Deutsche Bundestag richtet sich mit seinem Internetauftritt www.kuppelqucker.de hauptsächlich an Grund- und Vorschüler. Außerdem gibt es unter www.mitmischen.de ein Jugendportal, das sich an alle ab dem 11. Lebensjahr richtet. Ziel der Portale ist es, junge Menschen frühzeitig an parlamentarische Abläufe heranzuführen und sie altersgerecht über Politik und das Deutsche Parlament zu informieren.

- **Deutscher Nachhaltigkeitspreis:** Der Rat für Nachhaltige Entwicklung unterstützt auch in diesem Jahr wieder den Wettbewerb um den begehrten Nachhaltigkeitspreis, um den sich Kommunen und Unternehmen ab sofort bewerben können. Die Preisverleihung wird dann am 28. November 2014 in Düsseldorf stattfinden. Wir ermutigen Kommunen und Unternehmen aus Nordhessen ausdrücklich, sich um den Preis zu bemühen, denn in Hessens schönem Norden gibt es besonders viele tolle und erfolgreiche Projekte und Unternehmungen, die die Schonung der Umwelt mit sozialer Verantwortung verbinden! Mehr Infos unter www.nachhaltigkeitspreis.de!

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia